

10./XII. 1916

\* (Abstellung von Ordnungswidrigkeiten im Platzwagenverkehr.) Die „Korr. Wilhelm“ verlautbart: Im Verlauf des Krieges ist die Zahl der Platzwagen derart gesunken, daß dem Verkehrsbedürfnis auch nicht annähernd entsprochen werden kann. Die Schwierigkeiten, die dem geordneten Fuhrwerksbetrieb entgegenstehen, werden noch dadurch erhöht, daß es an den nötigen Bereisungen fehlt und daß die zahlreichen ins Feld eingerückten verlässlichen Wagenlenker nicht immer durch gleichwertige Personen ersetzt werden konnten. Bezüglich des Pferdezuhwerkes kommt diesbezüglich der Mangel an Futter und die hiedurch bedingte Verminderung der Leistungsfähigkeit der nur in geringer Anzahl vorhandenen Pferde in Betracht. Diese Verkehrsschwierigkeiten werden aber noch dadurch verschärft, daß einzelne Wagenlenker sich dem Fahrgast gegenüber überheben, daß die Annahme von Fahrten grundlos und willkürlich verweigert, die ohnehin hohe Tage überschritten und das fahrende Publikum überdies grob behandelt wird. Nach dieser Richtung kann aber, um die Abstellung von Uebergreifen der Fuhrwerker durch die Polizeibehörde nicht außerordentlich zu erschweren, der Mitwirkung der Fahrgäste nicht entzogen werden. Die Fahrgäste selbst dürfen nicht aus unbegründeter Furcht, von der Behörde unwillig behelligt zu werden, von der Erstattung von Anzeigen zurückschrecken. In den Tagesblättern verlaubliche Beschwerden allgemeinen Inhalts sind, wenn sie der Behörde keine Anhaltspunkte zur Feststellung konkreter Uebertretungen bieten, selten geeignet, Uebergreifen zu bezeugen. Zum mindesten empfiehlt es sich, wenn die Beschwerden die Kennzeichen des betreffenden Wagens (Autotennzeichen, Platzwagennummer), Ort und Tag, wenn möglich auch die Stunde des Vorfalles enthalten. Die Polizeidirektion hat die unterstehenden Aemter und die Sicherheitswache neuerlich angewiesen, mit aller Energie und Strenge die besagten Uebelstände im Wiener Verkehrsleben zu bekämpfen. Ein Erfolg ist jedoch nur im Falle einer intensiven Mitwirkung der durch diese Uebelstände betroffenen Bevölkerung möglich.